

# 30 Stunden-Woche

## Das Gebot der Stunde

(gekürzte Fassung dieses Textes erschienen in „Freitag“ Nr. 03 v. 16.01.09)

Hurra, 2009 wird niemand entlassen, das stellten die dreißig deutschen DAX-Unternehmen in „Aussicht“. Die Weihnachtsüberraschung war jedenfalls geglückt. Mit ihrer Symbolpolitik ist es Angela Merkel wieder einmal meisterhaft gelungen zu beschwichtigen. Dazu diente das ganze Theater „Konjunkturgipfel“, das kurz vor Weihnachten aufgeführt wurde. Außer den Spitzenmanagern der Wirtschaft war auch die Gewerkschaftsführung im Bundeskanzleramt mit von der Partie.

DGB-Chef Sommer erklärte großzügig die Bereitschaft der Gewerkschaften, für die Pläne der Bundesregierung auch einen eigenen Preis zu zahlen. „Wir werden mit aller Kraft“, ergänzte der IG BCE-Chef Schmolt laut Frankfurter Rundschau, „dazu beitragen, einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze aufzuspannen“. Dabei steht in den Sternen, ob die Dax-Unternehmen - und mit ihnen der Rest der Wirtschaft - tatsächlich bereit sein werden, überhaupt eine Jobgarantie abzugeben. Sie waren allemal klug genug, sich mit vagen Äußerungen, „darüber kann“, so der Siemens-Chef Peter Löscher, „nachgedacht werden“, zu begnügen.

Hand aufs Herz, könnte irgendein Unternehmer unter den Bedingungen der gegenwärtigen Krise eine derartige Garantie abgeben, ohne sich ein paar Wochen oder Monate später nicht durch Wortbruch zu blamieren? Die Finanzkrise wird sicherlich demnächst hier und anderswo in der Welt viel, sehr viel, Unheil anrichten. Für die Absatzkrise der Autoindustrie und zahlreiche andere daran anhängenden Branchen kann sie weiß Gott nicht verantwortlich gemacht werden. Bestenfalls kommt sie zeitgleich zum Vorschein und zwar mit aller Wucht. Die deutsche und wohl auch die internationale Autoindustrie haben - und das weiß eigentlich jeder - seit Jahren Überkapazitäten aufgebaut. Jetzt bleibt ihnen keine andere Wahl als einen Teil dieser Kapazitäten, vielleicht 10 bis 20 Prozent, abzubauen und entsprechend auch die hoch qualifizierten Arbeitskräfte auf die Straße zu setzen. Bei einer Schrumpfung des BSP um ca. 3% (die Schätzungen liegen zwischen 2 – 4 %) zuzüglich 2 % Produktivitätssteigerung würden 2009 mindestens weitere 2 Millionen von gegenwärtig (Dez.2008) 40 Millionen Erwerbstätigen ihren Job verlieren.

Denn wenn keine Arbeit da ist, wenn Zulieferern aus der Chemie-, der Stahlindustrie, der Autoreifenbranche und wenn den unendlich vielen Mittelstands- und Kleinunternehmern und zehntausenden Handwerkern die Aufträge wegbleiben, dann nützt es auch nicht, dass durch Verzicht der Beschäftigten die Kosten gesenkt werden. Die Bundeskanzlerin verbreitet da mächtig neue Illusionen, das ist leider mittlerweile zu ihrer Haupttätigkeit geworden. Wie lange wollen aber die Kollegen von den Gewerkschafts-Chefetagen mit der Illusion leben, dass durch Versprechungen der Unternehmer und trotz Zugeständnissen der Beschäftigten, eine Beschäftigungspolitik gemacht werden kann, die diesen Namen verdient?

Um die alten Jobs zu behalten und neue zu schaffen, gibt es momentan nicht viele Möglichkeiten. Das Konjunkturprogramm, so dieses darauf angelegt ist, in Infrastruktur mit Langzeitwirkung in den Bereichen, wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Zukunftstechnologien, zu investieren, könnte sicherlich positiv wirken. Der Beschäftigungseffekt, der dabei realistischerweise erzielt werden kann, dürfte aber bei Leibe nicht reichen, um die bevorstehende neue Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, von den Millionen Arbeitslosen, die seit vielen Jahren auf Jobs warten, erst gar nicht zu sprechen. Auch die Kurzarbeit bei allen betroffenen Betrieben, die mit Steuergeldern subventioniert werden, - das ist so klar wie das Amen in der Kirche - ist keine Lösung, sondern bestenfalls eine Aufschiebung des Problems. De facto ist diese Scheinlösung eigentlich eine erzwungene Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, die allerdings auf ungeregelter und perspektivloser Grundlage ad hoc stattfindet.

Warum also nicht auf Nummer sicher gehen und aus diesem Schlamassel, der nun einmal da ist, die einzig mögliche Konsequenz ziehen und gleich in einem gemeinsamen Akt mit den Tarifparteien die Arbeitszeit generell und radikal verkürzen - die einzig vernünftige und tatsächlich beschäftigungswirksame und auch dauerhafte Alternative. Um die nach offizieller Statistik 4 Millionen Erwerbslosen (in Wahrheit sind es beträchtlich mehr) zu beschäftigen und die für dieses Jahr wahrscheinlich 2 Millionen Entlassungen zu verhindern, müsste die gegenwärtig durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden um 15% auf 31,9 Stunden in der Woche gekürzt werden. Berücksichtigen wir noch Millionen Arbeitslose, die als Ein-Euro-Jobber und Sonstige statistisch völlig zu Unrecht als Erwerbstätige aufgeführt werden, dann ist die 30-Stunden-Woche als Zielmarke das Mindeste, was angepeilt werden müsste.

Was hindert also die Gewerkschaftsspitze daran, endlich mit einer längst fälligen Alternative offensiv aufzuwarten, die jetzt von vielen Menschen sehr gut verstanden werden könnte? Haben sich nicht alle Behauptungen - es gäbe „keine Alternative“ zum Lohnverzicht, zu Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich, zum Lohnniedrigsektor mit inzwischen 8,3 Millionen Niedriglöhnern, zum Leiharbeitersystem mit halbem Lohn und vielen anderen Zumutungen für die Menschen in einem der reichsten Länder der Welt in den letzten zehn Jahren - als Lügen herausgestellt? Haben die Unternehmer die mehreren hundert Milliarden, die sie Dank all dieser neoliberalen Zumutungen ergattert haben, tatsächlich in neue Arbeitsplätze für die heutigen Arbeitslosen oder für die Zukunft der nächsten Generationen investiert, wie sie immer wieder vorgeben? Oder wurden die uns allen gestohlenen Kapitalmassen aus bloßer Gier, daraus noch mehr Geld zu machen, in den Finanzsektor geschleust und dort zum größten Teil verpulvert? Muss denn noch mehr passieren um zu begreifen, dass die Agenda 10 das trojanische Pferd des Neoliberalismus war, das mehreren Millionen Menschen die unseligen und menschenunwürdigen Hartz IV-Regeln – wahrlich ein Skandal ohnegleichen - beschert und schamlos der Umverteilung von unten nach oben zusätzlichen Auftrieb gegeben hat.

Was spricht also dagegen, die 30-Stunden-Woche jetzt zu fordern. Durch die Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit könnten die Gewerkschaften ihre deutlich geschwächte Verhandlungsmacht endlich zurück gewinnen. Zudem würde mit einem Schlag der Lohnniedrigsektor verschwinden, das Leiharbeitersystem

zusammenbrechen und obendrein auch die Hartz IV-Regeln überflüssig werden. Um den Unternehmer-Argumentationen den Wind aus den Segeln zu nehmen, könnte der Lohnausgleich für die unteren Lohngruppen durch frei werdende Mittel aus Hartz IV, ALG II sowie durch die für die Kurzarbeit bereitgestellten Mittel verwendet werden. Im schlimmsten Fall gingen die oberen Lohngruppen leer aus. Aber diese und alle anderen müssten ja unter der Fortexistenz der Massenarbeitslosigkeit wie seit 20 Jahren auch in Zukunft ohnehin weitere Lohneinbußen hinnehmen und das sogar mit Arbeitszeitverlängerung. Dagegen erhielten diese im Falle der Arbeitszeitverkürzung mehr Freizeit und dazu endlich auch die reale Aussicht, die Löhne demnächst erfolgreich steigern zu können.

Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung und die Stärkung der Gewerkschaften wird übrigens zu einem wirkungsvollen gesellschaftlichen Hebel, der dafür sorgen kann, dass die Wertschöpfung in die Hände der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gelangt und die Binnenmarktnachfrage stärkt, anstatt im Übermaß in die Hände einer reichen Minderheit und damit schließlich in den nicht produktiven Finanzsektor zu gelangen.

Also noch einmal :wer denn, wenn nicht die Gewerkschaftsspitze mit einer mutigen Initiative zur drastischen Arbeitszeitverkürzung, und wann denn, wenn nicht Jetzt?